

Mut zum Angriff aus der Friedhofsecke. Die Chancen der SPD.

Gerd Mielke und Fedor Ruhose

1

Derzeit läuten wieder die Sterbeglocken für die SPD; das Grab ist ausgehoben und auch erste Nachrufe liegen bereit. Dabei hat man sich zumeist auf ein paar aktualisierte Varianten des Dahrendorf-Klassikers aus dem Jahr 1983 vom Ende des sozialdemokratischen Zeitalters geeinigt: etwa die von den mehrheitlich reich und glücklich gewordenen vormaligen SPD-Wähler*innen oder die von den zitterigen Händen der alten Tante SPD, die nicht mehr mit der Tastatur des Laptops klarkommt, oder auch die Variante von Christian Schüle in einem Beitrag für den Deutschlandfunk mit der schönen Schlusszeile, die SPD habe sich zu Tode gesiegt.

Dabei soll nicht gegen die Glocken polemisiert werden; sie können ja im Zweifelsfall auch als Weckrufe dienen oder zum Schichtwechsel läuten. Aber die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse hierzulande, die Wohnungskrise in vielen urbanen Räumen, die Prekarisierung eines großen Teils der Arbeitsverhältnisse, breite Sorgen um Alters- und Kinderarmut und zudem die Aussicht, unter all diesen Verhältnissen die Risiken und Chancen der Digitalisierung, einen sozialverträglichen Klimawandel und eine fortdauernde Globalisierung in unruhigen Zeiten zu organisieren und durchzusetzen – all dies kann doch nicht, bei allem Respekt vor Lord Dahrendorf, als Vorzeichen eines ausklingenden sozialdemokratischen Zeitalters interpretiert werden!

Das Gegenteil von diesem ebenso populären wie unvergänglichen Dahrendorf-Märchen ist also richtig: Der Übergang in die zweite oder dritte oder auch vierte Moderne wird sich nur in dem kontrollierten Zusammenspiel zwischen nationalen und internationalen Märkten und staatlichen und transnationalen Interventionen und Steuerungen ohne innere und äußere Verwerfungen bewerkstelligen lassen. Wir erleben eben nicht das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters, sondern wir sind derzeit Zeug*innen einer Vertrauenskrise breiter Wählerschichten gegenüber einer teilweise fehlerhaften, teilweise fehlerhaft kommunizierten sozialdemokratischen Politik. Das sind sehr verschiedene Dinge.

Die SPD hat fast alles an ihrer derzeit so miserablen Lage selbst verschuldet. Der Niedergang der deutschen und europäischen Sozialdemokratie ist – in diesem Urteil sind sich die meisten Expert*innen einig – im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die unkontrollierte Überantwortung der gesellschaftlichen Steuerung und Ressourcenverteilung an die Dynamik der Märkte, gerade auch durch sozialdemokratische Parteien selbst, zur Entfremdung zwischen diesen und einem großen Teil ihrer vormaligen Anhänger*innen geführt und diese Entfremdung verfestigt hat.

Aber dennoch gilt: Die Nachfrage nach sozialdemokratischer Politik ist ungebrochen. Genau aus diesen Gründen verfügt die SPD auch über Möglichkeiten, sich aus der Misere zu befreien und wieder auf die Beine zu kommen.

2

Zunächst ein Wort zur aktuellen Führungskrise: Der Abgang von Andrea Nahles war – sehr vorsichtig formuliert – kein Ruhmesblatt für die SPD und ihre Führungskultur. Der Umgang mit ihr war schäbig und entspricht nicht den Maßstäben, die für die Berufung, aber auch für Verabschiedung und Ausmusterung von politischen Führungspersonlichkeiten gelten sollten. Die Diskussionen der letzten Woche in der Öffentlichkeit haben zudem eine SPD gezeigt, die viele befremdet hat: die SPD der undurchsichtigen Seilschaften, die SPD der Machttaktiker*innen und der Opportunist*innen. Diese SPD ist von gestern und muss sich ändern.

Die Entscheidung der Parteiführung, nun Malu Dreyer, Thorsten Schäfer-Gümbel und Manuela Schwesig die Führung der Partei zu übergeben und zeitlich begrenzt den Übergang zu organisieren, legt den Schluss nahe, dass zum einen eine zumindest mittelfristig kalkulierbare und in der Satzung verankerte, reformierte Struktur bei der Führungsrekrutierung an die Stelle der so vielfach kritisierten „Gutsherrenart“ der Personalauslese treten muss. Diese neue Struktur wird nicht in einem Schritt perfektioniert werden können. Sie muss natürlich selbst ebenfalls immer wieder evaluiert und schrittweise verbessert werden, aber sie sollte verhindern, dass Führungspersonlichkeiten schon durch ihr jähes Auftauchen aus irgendwelchen Hinterzimmern einen Teil ihrer Autorität verspielen, und sie kann gewährleisten, dass die Parteimitglieder einen entscheidenden Einfluss bei diesen wichtigen Entscheidungen ausüben können. Der seit den 1970er-Jahren in den meisten gesellschaftlichen Bereichen so deutlich spürbare Wunsch nach Verstärkung der Teilhabemöglichkeiten wird sich auch bei der Führungsrekrutierung der SPD deutlich sichtbar niederschlagen müssen. Kurzfristig stehen jetzt erst einmal die Führungsfragen an, aber die dabei praktizierten Verfahren mit einem breiten Beteiligungsprozess im Vorfeld, wie jetzt vorgesehen über Regionalkonferenzen und mit Kandidatinnen und Kandidaten, die im Wettbewerb miteinander über die zukünftige Richtung der SPD diskutieren und durchaus auch einmal streiten, können das Augenmerk der Öffentlichkeit wieder darauf lenken, was für eine originelle und gesellschaftlich gut verankerte Partei die SPD immer noch sein kann.

Dafür braucht es auch neue Köpfe; die gibt es sehr wohl. Vielleicht nicht unbedingt aus der partiell gelähmten Bundestagsfraktion, aber dafür in den Ländern und den Kommunen. Über Letztere wird viel zu wenig gesprochen. Die SPD ist eine starke regionale und kommunale Partei. Dort, wo sie Wahlen gewinnt, ist sie vor Ort stark verwurzelt und weiß, was die Menschen antreibt und umtreibt. In besonderem Maße sollte in diesem Zusammenhang die noch immer völlig unzureichende Integration der ostdeutschen Länder in die SPD vorgebracht werden. Hierzu sind auch symbolische Gesten notwendig. Welchen Eindruck würde die Sozialdemokratie gegenüber den rechten Schwadroner*innen erzielen, wenn sie in stoischer Ruhe und selbstverständlicher Regelmäßigkeit ihre Führungsgremien einmal im Monat in einer ostdeutschen Stadt tagen ließe und den Nachmittag hindurch mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort Kontakte und gemeinsame Projekte pflegen würde?

3

Aber es geht nicht nur um die Bestallung von Führungspersönlichkeiten. In der gegenwärtigen Lage gilt es vor allem auch, für die zukünftige Strategiefähigkeit der SPD die Weichen zu stellen. Die Ideen und die Kraft von über 440.000 Mitgliedern können dabei helfen. Strategiefähig ist eine Partei dann, wenn sie ihre Führung geklärt hat, wenn Einigkeit über die politische Richtung herrscht und wenn sie organisatorisch gut aufgestellt ist.

Zur strategischen Bestandsaufnahme gehört die Einsicht, dass die SPD gerade auch in den Zeiten ihrer Erfolge stets eine Vielfalt unterschiedlicher und lebendiger Strömungen umschlossen hat, die sich dann immer wieder aufs Neue im Rahmen großer gesellschaftlicher Herausforderungen und Projekte zu einem tragfähigen politischen Konsens zusammengefunden haben. Um diese sozialdemokratische Tradition der Offenheit und Öffnung neu zu beleben und nicht in starrer Geschlossenheit zu verharren, braucht es auch einen Neustart in der Fraktion. Gewiss gilt: Starre und ideologische Flügel haben sich überlebt, aber eine Volkspartei ohne einen politischen und diskursiven Pluralismus erschöpft sich in leblosen Ritualen.

Die politische Richtung der SPD, das ist das bleibende Verdienst von Andrea Nahles, wird gerade in vielen Arbeitsgruppen neu durchdacht. Das Sozialstaatspapier weist in die richtige Richtung. Wenn sie nun noch an ihre alten sozial-ökologischen Traditionen anknüpft, verbreitert sich die SPD thematisch in ihrem Markenkern. Im Laufe ihrer inzwischen mehr als 150-jährigen Geschichte hat sich die SPD immer wieder von zwei zentralen Grundsätzen leiten lassen. Zum einen ging es darum, die Würde des Menschen und seine Freiheitsperspektiven in der modernen Gesellschaft nicht der Logik und den Zwängen des kapitalistischen Marktes zu unterwerfen und zu opfern. Zum andern galt es, für das System internationaler Beziehungen durch den Abbau wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ungleichheiten und Diskriminierungen zur Friedenssicherung beizutragen. Mit welchen konkreten innen- und sozialpolitischen Gesetzen, handelspolitischen und diplomatischen Maßnahmen diese beiden großen Ziele angestrebt und verfolgt wurden, hat sich im Laufe der Jahrzehnte immer wieder geändert. Die beiden Ziele dürfen nicht infrage gestellt werden, und sie haben auch gegenwärtig nichts von ihrer überragenden Relevanz verloren.

Bevor dies aber erfolgreich von den Wähler*innen auch wieder angenommen wird, muss die SPD diese konzeptionelle Re-Traditionalisierung offensiv als gezielte Korrektur eigener Fehler kommunizieren. Irgendwann wird sich gewiss ein*e heute noch unbekannt*r Held*in in der Partei finden, der oder die einmal an prominenter Stelle einfach und schlicht die Schrödersche Agendapolitik einen schlimmen Fehler nennt und mit heiler Haut davonkommt. Dann kann die SPD wieder umfassend und glaubhaft für soziale Gerechtigkeit werben. Langfristig wird sie sich auch mit einem neuen Grundsatzprogramm beschäftigen müssen, denn das aktuelle ist noch vor der Finanzkrise entstanden, und die Auswirkungen der Digitalisierung sind dort auch nicht berücksichtigt.

4

Zu guter Letzt die Organisation. Sie ist durch den Mitgliederschwund und die starke Überalterung der Mitgliedschaft in einem prekären Zustand. Deshalb ist auf mittlere Sicht eine

Konsolidierung der Mitgliederstruktur durch neue Formen der Mitgliedschaft und durch die Gewinnung neuer bzw. alter Bündnispartner wie der Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft unumgänglich. Die organisatorische und kommunikative Erfassung einer stark veränderten Mitgliedschaft, die dringend gebotenen Integrationsbemühungen in den ostdeutschen Ländern, aber auch in Regionen mit schwächelnder SPD-Organisation im Westen sind komplexe und mühevollere Daueraufgaben, die eigentlich jetzt gleich auf das Willy-Brandt-Haus, aber auch auf die diversen Landesgeschäftsstellen der Partei zukommen. Ist es deshalb nicht sinnvoll, sich gerade gegenwärtig, mit Blick auf die nächste Bundestagswahl, auf ein neues „Kampa-Modell“ wie 1998 zu besinnen. Unbelastet von den Fehlern der letzten fehlgeschlagenen Kampagnen kann hier mit klugem, unverbrauchtem Personal ein operatives Kampagnenzentrum maßgeschneiderte Strategien in engster Abstimmung mit dem neuen Spitzenpersonal entwickeln, ohne die Belastung mit Routineaufgaben, allein orientiert an der situativen Dynamik der unmittelbar ablaufenden Kampagne.

5

Bleibt zum Schluss die Frage: Wie umgehen mit der Großen Koalition? Was geschieht nach dem Ende dieses so eigenartigen Bündnisses? In dieser historischen Situation kann die SPD endlich zeigen, was viele Menschen ihr nicht mehr zutrauen: für ihre politischen Werte einzustehen und für sie zu kämpfen. Und dieses Wertegerüst verbindet nun einmal in einem emanzipatorischen Sinne die Auseinandersetzungen für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Nachhaltigkeit und für mehr Gleichberechtigung und Autonomie. Die SPD braucht dann auch keine Angst vor Neuwahlen oder dem Erfolg der Grünen zu haben. Die CDU ist jedenfalls kein Gegner, der in der aktuellen Verfassung Furcht einflößt. Bei aller Schwäche der SPD in den Umfragen steigen dennoch die Chancen für ein linkes Reformprojekt in einem zunehmend fragmentierten Parteiensystem. Wenn die SPD sich auf ihre organisatorischen Potenziale besinnt und solidarisch einer neuen Führung die Chancen zur Entwicklung der beiden Traditionslinien gewährt, wird auch der Erfolg an der Wahlurne wieder zurückkommen. Denn immer noch gibt es, darauf hinzuweisen wollen wir beide nicht müde werden, eine große und ultrastabile Mehrheit in Deutschland, die für einen sozialstaatlichen Grundkonsens steht und die Werte der SPD teilt. Auf diese Kräfte sollte die SPD setzen, statt vor Lord Dahrendorf mit den Knien zu schlottern.

Gerd Mielke

ist Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Unter den Ministerpräsidenten Rudolf Scharping und Kurt Beck war er Abteilungsleiter und Leiter der Stabsstelle für Grundsatzfragen in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz in Mainz.

E-Mail: mielke@politik.uni-mainz.de

Fedor Ruhose

ist Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz und Policy Fellow des Berliner Thinktanks „Das Progressive Zentrum“.

E-Mail: fedor.ruhose@spd.landtag.rlp.de